

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Schul-, Sport- und Kulturausschuss
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 16.02.2010
Sitzung Nummer:	6 (SSKA/06/2010)
Sitzungsdauer:	17:05 - 20:30 Uhr
Sitzungsort:	Berufsschulzentrum Haus 5, 1. Obergeschoss, Lehrrestaurant (rote Fenster) Berufsbildende Schulen I, Schillerstr. 4, 39576 Stendal

Dr. Henning Richter-Mendau
Vorsitzende/r

Sabine Herzog
Protokollführer/in

Anwesend:

Vorsitz

Herr Dr. Henning Richter-Mendau

Mitglieder

Herr Rüdiger Kloth
Herr Bernd Prange
Herr Peter Zimmermann

beratende Mitglieder

Herr Frank Wiese

Stellvertreter

Herr Klaus-Peter Noeske

sachkundige Einwohner

Frau Rosemarie Dizner
Frau Grit Dräger
Herr Dr. Gerd Heckenberger
Frau Karin Köppe
Herr Sven Oeberst

Protokollführer

Frau Sabine Herzog

von der Verwaltung

Frau Dr. Ulrike Bergmann
Herr Matthias Claus
Frau Annemarie Theil
Frau Ingrid Thörl
Frau Heike Wagner

Abwesend:

Vorsitz

Frau Edith Braun

Mitglieder

Herr Günter Bartels
Herr Tiemo Schönwald

sachkundige Einwohner

Herr Wolfgang Liebisch

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
 - 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 5. Sitzung vom 19.01.2010
 - 4 Informationen zur "Schulträgervereinbarung 'Nordverbund' zwischen den Landkreisen Altmarkkreis Salzwedel, Börde, Jerichower Land und Stendal zur dualen Ausbildung und zur Vollzeit-ausbildung in berufsbildenden Schulen und zu den Berufsbildenden Schulen I und II des Landkreises Stendal"
Berichterstatter : Frau Dr. Bergmann
Herr Bätz und Herr Hagge
 - 5 Beratung des Entwurfes zur Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für die Berufsbildenden Schulen des Landkreises Stendal
-Arbeitsmaterial-
 - 6 Informationen zur Vorbereitung des Schuljahres 2010/11
 - 7 Beratung zum Haushaltsplan 2010
Vorlage: 080/2009
 - 8 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Dr. Richter-Mendau eröffnet um 17:05 Uhr die 6. Sitzung des Fachausschusses im Lehrrestaurant der Berufsbildenden Schulen (BbS) I des Landkreises Stendal. Er begrüßt die Mitglieder des Fachausschusses und die Gäste. Ferner informiert er darüber, dass die Vorsitzende Frau Braun ihre Operation gut überstanden hat und auf dem Weg der Besserung ist. Im Namen aller wünscht er baldige Genesung.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Herr Dr. Richter-Mendau stellt die ordnungsgemäße Ladung fest, die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Von den Mitgliedern des Ausschusses fehlen Herr Schönwald, Herr Bartels und Herr Liebisch. Herr Bartels wurde durch Herrn Noeske vertreten.

Die vorliegende Tagesordnung wird bestätigt.

zu TOP 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 5. Sitzung vom 19.01.2010

Die Niederschrift ist allen fristgemäß zugegangen. Folgende Änderung und Ergänzung ist in die Niederschrift der 5. Sitzung vom 19.01.10 aufzunehmen:

Eine Bemerkung der Ausschussvorsitzenden darüber, dass eine Erhöhung der Gebühren der Kreisvolkshochschule leider einer Gebührenerhöhung der städtischen Volkshochschule geschuldet sei, beantwortet Herr Dr. Richter-Mendau sinngemäß wie folgt:

In Kenntnis der angespannten Kassenlage von Stadt und Landkreis muss festgestellt werden, dass es sich bei der kulturellen Arbeit um freiwillige Aufgaben der öffentlichen Hand handelt. Es sei keineswegs vergnüglich gewesen, höheren Gebühren bei der Stadt und dem Landkreis zuzustimmen. Und alles umsonst könne es bekanntlich nicht geben. Für die Haushaltsdiskussion sei es immer auch ein Spagat.

Mit dieser Änderung und Ergänzung gilt der öffentliche Teil der Niederschrift vom 19.01.2010 als festgestellt.

zu TOP 4 Informationen zur "Schulträgervereinbarung 'Nordverbund' zwischen den Landkreisen Altmarkkreis Salzwedel, Börde, Jerichower Land und Stendal zur dualen Ausbildung und zur Vollzeitausbildung in berufsbildenden Schulen und zu den Berufsbildenden Schulen I und II des Landkreises Stendal"
Berichterstatter : Frau Dr. Bergmann
Herr Bätz und Herr Hagge

Dazu übergibt Herr Dr. Richter-Mendau zunächst das Wort an Frau Dr. Bergmann.

Diese richtet ein Dankeschön an die Schulleiter der BbS Herrn Bätz und Herrn Hagge, sowie ihren Schülern für die nette Ausgestaltung des Raumes und die Versorgung.

Nur in Zusammenarbeit mit beiden Berufsschulen sei es möglich gewesen, den heute vorliegenden Entwurf zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung 2009/10 bis 2013/14 für die Berufsbildenden Schulen des Landkreises Stendal fertig zu stellen und zur Genehmigung beim Landesverwaltungsamt einzureichen.

Sie bittet nun Herrn Bätz und Herrn Hagge um Informationen zu den beiden Berufsschulen.

Als erstes danken Herr Bätz und Herr Hagge dem Ausschuss für die gute Unterstützung und Zusammenarbeit. So konnten z. B. das Leasingprogramm für neue Computer verwirklicht und die vollständige Umsetzung aller Einrichtungsgegenstände der Außenstelle der BbS I von Osterburg nach Stendal vollzogen werden. Hier finden sich mit dem Lehrrestaurant und der Lehrküche gleich gute Bedingungen.

Ein besonderes Dankeschön gilt an dieser Stelle den Schülern der Berufsfachschule Gastronomie, die diesen Raum heute gestaltet haben.

Die Schulleiter schätzen ein, dass es mittelfristig dem Stendaler Berufsschulzentrum (BSZ) nicht an Schülern fehlen wird, d. h. das beide Berufsbildende Schulen (BbS I und BbS II) definitiv in den nächsten fünf Jahren Bestand haben werden. 600 sogenannte Vollzeitschüler seien an jeder Schule nötig, um deren Existenz zu sichern. In diesem Jahr werden 1953 junge Leute (=Vollzeitschüler) im BSZ Stendal beruflich vor- und ausgebildet.

Im kommenden Schuljahr werden es zwar nur noch 1460 Vollzeitschüler sein, aber danach würden die Zahlen wieder ansteigen, so die Prognosen.

Um der demografischen Entwicklung entgegenzuwirken, suchen die beiden Schulleiter und ihre Lehrerteams ständig nach neuen Angeboten, die ihre Schulen attraktiver machen. So können teils neue Berufe angeboten werden, wie z. B. Maschinen- und Anlagenführer für die Lebensmittelindustrie oder für Auszubildende mit Behinderungen nach SGB III der Beruf des Tierpflegers bzw. die Landesfachklasse der Polster- und Dekorationsnäher.

Weitere Landesfachklassen für den Berufsnachwuchs der Dachdecker und im Straßenbau sind beantragt.

Auf Grund des aktuellen Bedarfs in unserem Landkreis wird beim Landesverwaltungsamt die Fachschule für Sozialpädagogik für die BbSII beantragt. An ihr wird dann eine Ausbildung zum staatlich geprüften Erzieher mit Hochschulreife angeboten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass:

1. die Gespräche mit Ausbildungspartnern wie IHK, Handwerkerschaft, heimischen Unternehmen
2. die Bildung von neuen Klassen und Landesfachklassen
3. die Umsetzung von Vollzeitklassen und
4. die Bildung des „Nordverbundes“ kooperierender Berufsschulen erfolgreiche

Maßnahmen sind, um weitere Schülerrückgänge in unserer Region zu vermeiden.

Zu 4. informiert Frau Dr. Bergmann den Fachausschuss darüber, dass das Projekt „Schulträgervereinbarung Nordverbund“ durch das Landesverwaltungsamt (LVA) genehmigt wurde. Es verbirgt sich dahinter eine über zwei Jahre erarbeitete Vereinbarung der Landkreise Altmarkkreis Salzwedel sowie Börde, Jerichower Land und Stendal für die duale und Vollzeitausbildung.

Ziel der Zusammenarbeit ist, eine möglichst große Vielfalt an Berufen im Territorium des „Nordverbundes“ zu erhalten. Zur Zeit sind 102 Berufe erfasst.

Die lankreisübergreifende Zusammenarbeit wird seitens des Landesverwaltungsamtes und des Kultusministeriums akzeptiert und in der Form aufgegriffen, dass auch die übrigen Landkreise aufgefordert wurden, im Hinblick auf die Erarbeitung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für Berufsbildende Schulen, ebenfalls regionale Verbände zu entwickeln.

zu TOP 5 Beratung des Entwurfes zur Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für die Berufsbildenden Schulen des Landkreises Stendal -Arbeitsmaterial-

Der vorliegende Entwurf (= Arbeitsmaterial) ist Ende Januar 2010 im Landesverwaltungsamt eingereicht worden. Eine Anhörung ist Ende März/ Anfang April vorgesehen, danach kann die endgültige Fassung erarbeitet und in die Beratungsfolge gegeben werden, so dass voraussichtlich ein Beschluss dem Kreistag am 10. Juni 2010 vorgelegt werden kann.

Frau Dr. Bergmann erklärt, dass die im „Nordverbund“ genehmigten Ausbildungsmöglichkeiten die Grundlage der vorgelegten Entwurfsplanung bilden.

Um überregional ausbilden zu können, ist das Vorhalten eines Wohnheimes zwingend notwendig, insbesondere für

- Schüler/ Auszubildende unter 18 Jahren oder bei
- schlechte Verkehrsanbindung zwischen Wohn- und Ausbildungsort.

Des weiteren erwähnte sie, dass das Kultusministerium sämtliche Wohnheime im Land Sachsen-Anhalt besucht hat, weil das Vorhandensein, die Führung und Gestaltung des Wohnheimalltags sowie die Kosten nicht unberücksichtigt bleiben sollen bei der Genehmigung von überregionalen Klassen.

Herr Dr. Richter-Mendau dankt sowohl Herrn Bätz und Herrn Hagge, als auch Frau Dr. Bergmann für die interessanten Ausführungen und Informationen.

Er ist von der Arbeit des BSZ Stendal sowie von der Pflege der Anlage positiv beeindruckt und bezeichnet es als „Leuchtturm der Stadt“.

Für den Tag der offenen Tür am 20.02.2010 wünscht er viel Erfolg.

Er stellt die vorher gegebenen Berichte zur Diskussion.

Herr Kloth fragt, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, wenn eine 3-jährige Ausbildung als Erzieher für eine Kindertagesstätte geplant wird, d.h.

- a) welche Voraussetzungen muss die Einrichtung haben und
- b) welche finanziellen Belastungen kommen auf den Träger zu

Herr Hagge antwortet folgendermaßen:

Zu a) - sollte die Einrichtung für die 3-jährige Ausbildung die Praktikantenbetreuung übernehmen

Zu b) - kann der/die Schüler/in Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) beantragen, so dass für den Träger/Ausbilder keine Kosten entstehen.

Herr Wiese ist der Meinung, dass es den Beruf „Tierpfleger“ nicht gibt, sondern entweder Tierwirt oder Landwirt.

Herr Bätz widerspricht dieser Aussage, denn es gibt hier eine Landesfachklasse für Tierpfleger.

Diese hat mit der Landwirtschaft nichts zu tun.

Herr Prange in Funktion als Verbandsbürgermeister der neuen Verbandsgemeinde „Altmärkische Höhe“ hatte kürzlich eine Zusammenkunft mit dem Geschäftsführer der Graepel-STUV GmbH Seehausen, Herrn Bauer. Dieser kritisierte, dass seine Schüler zur Ausbildung nach Halle müssen, da vor Ort keine Möglichkeit bestehe.

Herr Bätz antwortet darauf, dass die Metallbauer und Industriemechaniker hier nur für ein Jahr in Mischklassen ausgebildet werden können, da nur diese in Stendal genehmigt sind.

Im 2. Ausbildungsjahr beginnt die Spezialisierung und dann müssen die Schüler tatsächlich nach Halle oder Magdeburg fahren. Tägliches Fahren ist aber möglich, da sich bereits Fahrgemeinschaften gebildet haben. Durch regelmäßige Gespräche mit den Ausbildungsleitern ist diesen z.B. bekannt, dass als Voraussetzung für eine Klassenbildung mindestens 15 Schüler benötigt werden. Diese Anzahl ist in der Altmark nicht erreichbar. Man würde gern alle Klassen hier beschulen.

Frau Dräger stellt die Frage, ob der Übergang der Schüler/innen von der Schule in die Ausbildung schwierig ist und ob sie tatsächlich zu wenig Kenntnisse und Fähigkeiten für die Wirtschaft haben, wie immer gesagt wird. Ist dieses im Unterricht zu merken oder gibt es ein anderes Bild?

Herr Hagge bestätigt, dass im 1. Halbjahr schwer gekämpft werden muss mit der Umstellung. Viele Ursachen liegen bei den Schülern im sozialen Bereich und es bedarf viel Arbeit. Wichtigster Schwerpunkt im Unterricht ist das verstehende Lesen, d.h. die Erfassung einer Aufgabe. Dieses bemängeln auch die Betriebe in der Praxis.

Er kann aber auch positiv anmerken, dass die Zusammenarbeit mit den Schulen stetig gewachsen ist. So habe man sich z.B. mit verschiedenen Sekundarschulen zusammengesetzt und Anforderungskataloge erarbeitet. Dafür gibt es die zuständigen Verbindungslehrer. Weiterhin werden den Schülern beim ersten Mal im „Produktiven Lernen“ die Werkstätten vorgestellt und erläutert. Man arbeitet also gezielt daran, praktische Kenntnisse und Fähigkeiten bei den Schülern zu entwickeln.

Herr Wiese ist erstaunt über die prognostischen Zahlen der Schüler/innen, da laut 4. Regionalisierter Bevölkerungsprognose der Landkreis Stendal 27 % der Bevölkerung bis zum Jahr 2025 verliert und das Durchschnittsalter der übrigen Bevölkerung 60 Jahre betragen wird. Intelligente junge Leute wandern ab und er stellt sich die Frage, wo kommen die Zahlen her.

Herr Claus antwortet darauf: Mit Schreiben vom 15.09.2009, in dem Hinweise zur Berichtsstruktur des Schulentwicklungsplanes für berufsbildende Schulen durch das Kultusministerium (MK) gegeben werden, sind Prognosezahlen für das Land Sachsen-Anhalt veröffentlicht worden. Dazu wurde folgender Hinweis gegeben: „Sofern auf eigene Langfristprognosen bis 2019/20 verzichtet werden soll, kann die beigelegte Landes-Prognose des MK für die öffentlichen Schulen als Trend zu Grunde gelegt werden. Es sind dann für die Schulformen nach § 3 Abs.2 Satz 1 Nr.2 SchulG unter Zugrundelegung des Landestrends die jeweiligen kreislichen Anteile des Bezugsjahre 2008/09 fortzuschreiben.“ Die Prognosezahlen des MK und die aktuellen Zahlen des laufenden Schuljahres des Landkreises Stendal sind der Ausgangspunkt der vorliegenden Berechnung.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, schließt Herr Dr. Richter-Mendau den TOP 5 und verabschiedet die beiden Schulleiter Herrn Bätz und Herrn Hagge.

zu TOP 6 Informationen zur Vorbereitung des Schuljahres 2010/11

Zu diesem TOP übergibt Herr Dr. Richter-Mendau das Wort an Frau Dr. Bergmann.

Mit der Stadt Stendal gab es ein Gespräch zur Präzisierung der zur Zeit vorliegenden Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung, die auf Grund der zum 01.01.2010 erfolgten Eingemeindungen erfolgen soll. Das betrifft die Kinder aus den Ortsteilen Groß Schwechten, Uenglingen und Jarchau und damit in der Stadt Stendal die Grundschulen „Nord“ und „Am Stadtsee“ bzw. die Grundschulen Rochau, Schinne sowie Sanne.

Die Beschulung der Kinder aus diesen Ortsteilen soll ab dem Schuljahr 2011/12 in der Hansestadt Stendal erfolgen.

Dazu wird eine Fortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für den Fachausschuss am 16.03.2010 vorbereitet.

Die Veränderungen, die sich aus dem oben genannten Sachverhalt ergeben, sind in dem ausgegebenen Arbeitsmaterial dargestellt.

Im Rahmen der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung ist der Planungsträger aufgefordert, jährlich in Vorbereitung eines neuen Schuljahres die Entwicklung der Schülerzahlen zu überprüfen, um möglicherweise Handlungsbedarf abzuleiten, was ebenfalls aus dem oben genannten Arbeitsmaterial ersichtlich ist.

Herr Dr. Richter-Mendau dankt Frau Dr. Bergmann für ihre Ausführungen und stellt den TOP 6 zur Diskussion.

Frau Schwarz merkt aus Sicht des Kreiselternrates an, dass die Überlegungen bezogen auf die Grundschulen Krüden und Groß Garz dahingehend erfolgen sollten, dass die Grundschule Groß Garz als nördlicher Schulstandort des Landkreises Stendal erhalten bleibt.

Es gibt keine weiteren Anfragen.

zu TOP 7 Beratung zum Haushaltsplan 2010 **Vorlage: 080/2009**

Dazu übergibt Herr Dr. Richter-Mendau das Wort an Frau Theil. Sie gibt Ausführungen zum Haushaltsplanentwurf 2010.

Herr Wulfänger hat diesen in der Kreistagssitzung am 28.01.2010 eingebracht und ausführlich erläutert. Der Landkreis erhält in diesem Jahr weniger Einnahmen (siehe Vorbericht zum Haushaltsplan).

Mit dem neuen Finanzausgleichsgesetz (FAG) hat sich die Verteilung der Finanzmassen geändert. (sie werden aufgabenorientierter - weniger z.B. nach Fläche – ausgereicht)

Das bedeutet für den Landkreis u.a. den Wegfall von ca. 470 T€ im Vermögenshaushalt zum Zwecke der Straßenbauinvestitionen.

Auch für die Schülerbeförderung wird dieses Prinzip der Zuweisungen angewandt.

Insgesamt stehen dem Landkreis Stendal ca. 1,3 Mio € Einnahmen nach dem FAG für das Jahr 2010 weniger zur Verfügung als im Jahr 2009.

Mit dem Haushaltsplan 2009 war die Haushaltskonsolidierung bis zum Jahr 2016 beschlossen worden. Dieses soll bis zum Jahr 2017 erreicht werden, was aber bedeutet, noch mehr einzusparen.

Der strukturelle Fehlbetrag im HH-Planentwurf beträgt nunmehr 3,44 Mio € dazu ist der Fehlbetrag des Jahres 2008 mit ca. 17,9 Mio € auszugleichen, so dass insgesamt eine Deckungslücke im Verwaltungshaushalt von ca. 21,33 Mio € ausgewiesen ist.

Unberücksichtigt bleibt dabei der Fehlbetrag des Jahres 2009 mit ca. 20 Mio €

Frau Dr. Bergmann erläutert den Haushaltsansatz für die schülerbezogenen Ausgaben und stellt fest, dass die Ansätze aus dem Jahr 2009 im Wesentlichen beibehalten werden konnten.

Jede Schulleitung weiß, dass sie angehalten ist, sparsam mit den Mitteln umzugehen. Unter Beachtung der vorläufigen Haushaltsführung muss aber Sorge dafür getragen werden, dass der tägliche Schulbetrieb läuft.

Eine Übersicht zu den schülerbezogenen Ausgaben wird dem Protokoll beigelegt.

Herr Dr. Richter-Mendau betrachtet es ebenfalls als erfreulich, dass die genannten Ausgaben für das Jahr 2010 nicht gekürzt wurden. Er bittet um weitere Wortmeldungen.

Herr Wiese stellt die Anfrage, worin bei den Einnahmen im Verwaltungshaushalt die Erhöhung der Position - 26000 Bußgelder - von 8.358,34 Euro aus der Jahresrechnung 2008 und dem Haushaltsansatz für 2010 über 20.000 Euro begründet liegt.

Bedeutet die Steigerung, dass sich auch die Anzahl der Schulpflichtverletzer gesteigert hat und wenn ja, wie verhindern wir das und wie schreiten wir dagegen ein?

Frau Thörl antwortet darauf, dass diese Haushaltsstelle vom Ordnungsamt bewirtschaftet wird und dieser Haushaltsansatz für 2010 von dort so zugearbeitet wurde.

Frau Dr. Bergmann ergänzt, dass es sich hierbei um Bußgelder von Schulpflichtverletzungen handelt.

Sie wird Rücksprache mit dem Ordnungsamt nehmen, um den Sachverhalt erläutern zu können.

Herr Prange bemerkt, dass die Verbandsgemeinden von der Beschlussfassung des Haushaltes des Landkreises abhängig sind und fragt, ob im Haushalt 2010 mögliche Tarifierhöhungen berücksichtigt sind.

Frau Theil antwortet darauf, dass die vorläufige Haushaltsführung weiter vollzogen wird, wobei parallel die Gespräche zur Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes 2010 laufen.

Bei den Personalkosten sind im 1. Entwurf des Planes noch keine Tarifsteigerungen berücksichtigt worden, da es noch kein Verhandlungsergebnis gibt.

Herr Prange merkt weiter an, dass bei Kürzungen von freiwilligen Aufgaben der Bürger der Endträger und Benachteiligte ist. Bei einer möglichen Kreisumlageerhöhung müssten die Gemeinden höhere Steuersätze einfordern und der Bürger würde wiederum bis aufs Letzte gequält. Er fordert mehr Kampfeswillen und warnt davor, sich kaputt zu sparen.

Herr Dr. Richter-Mendau betrachtet diesen Einwand als berechtigt, aber im Moment sei die Lage schwierig. In punkto Tarifierhöhungen sollten wir erst einmal die Ergebnisse der Tarifverhandlungen abwarten.

Frau Theil setzt ihre Ausführungen mit dem Vermögenshaushalt 2010 fort.

Dieser sei gut nachvollziehbar auf der Grundlage der Begründungen über eine Summe von 27.381.000 Euro.

Investiv wirksam wird aber eine bedeutend kleinere Summe; die Maßnahmen für 2010 sind gegenüber dem Investplan 2010 des HH-Planes 2009 stark reduziert worden. Es soll keine Netto- Neuverschuldung mehr stattfinden. Eigenmittel sind zur Kofinanzierung des Konjunkturpaketes II notwendig.

Die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes hat Priorität, um die geplanten Investitionsmaßnahmen auch zeitnah realisieren zu können.

Die mit dem Konjunkturpaket II möglich gewordenen Maßnahmen sind auf jeden Fall als positiv zu bewerten.

Ungewissheit gibt es weiter über den Förderantrag für die Sekundarschule Osterburg, da das Kultusministerium dazu bisher keine Aussage getroffen hat. Falls der Antrag positiv entschieden wird, ist im Jahr 2010 erst einmal nur die Planung möglich.

Um so erfreulicher ist, dass die Stadt Stendal Mittel in Höhe 890.300 Euro aus ihrem städtischen Förderprogramm zur Verfügung stellt, um die Sekundarschule "Komarow" und die Förderschule "Pestalozzi" weiter zu sanieren.

Ferner würde die Stadt Stendal den Abriss des Hauses C des ehemaligen Winckelmann-Gymnasiums unterstützen, da die leerstehende Immobilie ständig von Vandalismus bedroht ist. Der ursprünglich geplante Umbau zu einem "Mehrgenerationenhaus" über einen Investor hat sich zerschlagen und der Landkreis ist für die Sicherung des Objektes weiterhin verantwortlich.

Herr Dr. Richter-Mendau schätzt ein, dass der geplante Umbau nicht realistisch war und dass der geplante Abriss so schnell als möglich erfolgen sollte.

zur Kenntnis genommen

zu TOP 8 Anfragen und Hinweise

Herr Wiese stellt folgende Anfragen:

1. Beteiligt sich der Landkreis Stendal am „Schulobstprojekt“?
2. Werden laut Schülerbeförderungssatzung die 30 min Schulwegzeiten eingehalten?

Zu 1. und 2. antwortet Frau Dr. Bergmann wie folgt:

Das „Schulobstprojekt“ ist nur für Grundschulen gültig. Da der Landkreis nicht Träger ist, gibt es hier auch keine Beteiligung.

Laut Fahrplan werden die Schulwegzeiten eingehalten. Ihr sind diesbezüglich keine Anfragen bekannt.

Da es keine weiteren Anfragen und Hinweise gibt, beendet Herr Dr. Richter-Mendau den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nicht Öffentlichkeit her.